* **Bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt war im Jahr 2024 Deutschland der größte Nettozahler der EU (-0,3 % des BIP). Darauf folgten Schweden und Österreich (-0,18 bzw. -0,17 %).**
* **Die größten Nettoempfänger waren die baltischen Staaten Lettland (2,52 % des BIP), Litauen (1,59 %) und Estland (1,53 %).**
* **Im Jahr 2024 lag der negative Haushaltssaldo Deutschlands bei 13,1 Mrd. €. Darauf folgten Frankreich (-4,8 Mrd. €) und Italien (-1,6 Mrd. €). Die größten Nettoempfänger waren Griechenland (3,5 Mrd. €), Polen (2,9 Mrd. €) und Rumänien (2,7 Mrd. €).**

Fakten

Aus der Differenz zwischen den finanziellen Leistungen, die die einzelnen Mitgliedstaaten an die Europäische Union (EU) abführen und den Leistungen, die sie von der EU erhalten, ergibt sich aus der Sicht der Mitgliedstaaten entweder ein positiver Saldo (Nettoempfänger) oder ein negativer Saldo (Nettozahler). Allerdings gibt es zahlreiche Faktoren, die die Ausgaben und Einnahmen der Staaten ungleichmäßig beeinflussen. So führen beispielsweise Küstenländer mit internationalen Häfen – wie die Niederlande – erhebliche Zolleinnahmen für importierte Güter ab, die in andere Mitgliedstaaten weitergeliefert werden. Andere Staaten – wie zum Beispiel Belgien – erhalten Kostenerstattungen für den Sitz großer EU-Organe. Bis einschließlich 2019 wurden von der Europäischen Kommission die "operativen Haushaltssalden" berechnet, bei denen diese Faktoren weitgehend herausgerechnet wurden. Die nachstehenden Angaben für das Jahr 2024 beruhen auf der bisherigen Berechnungsmethode der Europäischen Kommission (siehe "Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen").

Bezogen auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Staaten war im Jahr 2024 Deutschland der größte Nettozahler der EU. Der negative Haushaltssaldo entsprach 0,30 Prozent des BIP. Darauf folgten Schweden und Österreich (minus -0,18 bzw. -0,17 Prozent) sowie Frankreich und die Niederlande (minus -0,16 bzw. -0,13 Prozent). Auf der anderen Seite waren die größten Nettoempfänger im Jahr 2024 Lettland (plus 2,52 Prozent des BIP), Litauen (plus 1,59 Prozent), Estland (plus 1,53 Prozent), Griechenland (plus 1,46 Prozent) und Bulgarien (plus 1,31 Prozent).

Eine ähnliche Reihenfolge ergibt sich, wenn die operativen Haushaltssalden auf die jeweilige Bevölkerung der Mitgliedstaaten bezogen werden. Mit durchschnittlich 157 Euro pro Kopf zahlte 2024 niemand so viel an die EU wie die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands. An zweiter stand Irland (131 Euro), gefolgt von Schweden (95 Euro), Österreich (93 Euro) und den Niederlanden (83 Euro). Hingegen erhielt Luxemburg rein rechnerisch 565 Euro pro Kopf von der EU und auch bei Lettland lag der positive Haushaltssaldo 2024 bei mehr als 500 Euro pro Kopf (544 Euro). Es folgten Estland und Litauen mit 444 bzw. 435 Euro sowie Griechenland mit 333 Euro. Der hohe Rang Luxemburgs lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass Luxemburg im Jahr 2024 hohe Mittel aus dem European Space Programme (112,7 Mio. €) sowie dem European Defence Fund (65,3 Mio. €) erhalten hat. Gleichzeitig fielen die Eigenmittel auf Grundlage des Bruttonationaleinkommens ("nationaler Beitrag") von 2023 auf 2024 von 690 auf 440 Millionen Euro. Verbunden mit der vergleichsweise geringen Bevölkerungszahl haben diese Entwicklungen

bereits Einfluss auf die Position Luxemburgs.

Bezogen auf die absoluten Zahlen lag Deutschland im Jahr 2024 erneut auf Platz eins aller EU-Mitgliedstaaten: Der negative Haushaltssaldo Deutschlands lag bei 13,1 Milliarden Euro. Darauf folgten Frankreich (minus 4,8 Mrd. Euro), Italien (minus 1,6 Mrd. Euro), die Niederlande (minus 1,5 Mrd. Euro) sowie Schweden (minus 1,0 Mrd. Euro). Auf der anderen Seite waren bezogen auf die absoluten Zahlen Griechenland (plus 3,5 Mrd. Euro), Polen (plus 2,9 Mrd. Euro), Rumänien (plus 2,7 Mrd. Euro), Spanien (plus 2,2 Mrd. Euro) und Ungarn (plus 2,0 Mrd. Euro) die größten Nettoempfänger. Besonders auffällig an der Reihenfolge des Jahres 2024 ist, dass Polen als größter Nettoempfänger abgelöst wurde. Von 2023 auf 2024 hat sich das Plus Polens von 8,2 auf 2,9 Milliarden Euro reduziert. Allein die Mittel aus dem European Regional Development Fund – ERDF (minus 1,9 Mrd. €), dem Cohesion Fund – CF (minus 1,8 Mrd. €) und dem European Social Fund – ESF (minus 1,1 Mrd. €) reduzierten sich zusammen um 4,8 Milliarden Euro.

Bei diesen Rankings ist allerdings zu beachten, dass es sich um eine rein buchhalterische Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben bezogen auf den EU-Haushalt handelt. Die Frage, ob sich mit der EU-Mitgliedschaft für einen Staat mehr Vorteile oder mehr Nachteile verbinden, lässt sich nicht mit einer ausschließlichen Betrachtung des jeweiligen Saldos beantworten, da dieser zahlreiche Faktoren ausblendet. So zum Beispiel die politische Stabilität und Sicherheit, den freien Personenverkehr, den Binnenmarkt oder den Euro als Leitwährung.

Zudem fördert die EU laut Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) "den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten". Und auch nach Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) setzt sich die Union "insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern". Abseits dieser vertraglichen Verankerung des Ausgleichs zwischen den EU-Mitgliedern ist auch dessen Wirkung nicht auf nationale Grenzen beschränkt: So fließt beispielsweise ein Teil der geschaffenen Nachfrage – direkt oder mittelfristig – zurück in die Nettozahlerländer oder die dortigen Verbraucher profitieren von Zahlungen im Agrarbereich.

Datenquelle

Eigene Berechnungen auf Basis der Angaben der Europäischen Kommission: European Commission: EU spending and revenue – Data 2000-2024; Eurostat: Online-Datenbank: BIP und Hauptkomponenten (Stand 10/2025), Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht (Stand 10/2025); Amtsblatt der Europäischen Union: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (26. Oktober 2012)

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Die **operativen Haushaltssalden** der Mitgliedstaaten werden als Differenz ermittelt zwischen den operativen Ausgaben (ausgenommen Verwaltung), die jedem Mitgliedstaat zugerechnet werden, und dem angepassten "nationalen Beitrag" jedes Mitgliedstaats. Die Formel zur Berechnung der operativen Haushaltssalden der einzelnen Mitgliedstaaten lautet:

**OBBi = TAEi – H5i –TNCi • (TAEEU – H5EU)/ TNCEU**

**OBBi** = Operativer Haushaltssaldo von Mitgliedstaat i

**TAE** = Gesamtausgaben

**H5** = Verwaltungskosten

**TNC** = Nationaler Beitrag

Weitere Informationen finden Sie in dem Abschnitt "Methode und Berechnung" im Finanzbericht zum EU-Haushalt 2013: <http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Finanzbericht%20-%20EU-Haushalt%202013.pdf>

Die Angaben zum **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** und zur **Bevölkerungszahl** stammen von **Eurostat**: Online-Datenbank: BIP und Hauptkomponenten (Produktionswert, Ausgaben und Einkommen) [**nama\_10\_gdp**] und Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht [**demo\_pjan**], jeweils abgerufen am 06.10.2025.

Bei einem Referendum des Vereinigten Königreichs am 23. Juni 2016 stimmten 51,9 Prozent für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ("**Brexit**"). Am 29. März 2017 hatte das Vereinigte Königreich dem Europäischen Rat seine Absicht zum Austritt aus der EU förmlich mitgeteilt und damit das Verfahren nach Artikel 50 des Vertrags von Lissabon angestoßen. Mit Ablauf des 31. Januar 2020 wurde der Austritt aus der EU vollzogen. Bis zum 31. Dezember 2020 galt der im Rahmen des Austrittsabkommens vereinbarte Übergangszeitraum, nach dessen Regelungen das Vereinigte Königreich seinen Beitrag zum Haushalt für das Jahr 2020 so leistete, als wäre es noch ein Mitgliedstaat.

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das BIP ist gegenwärtig das wichtigste gesamtwirtschaftliche Produktionsmaß.

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2025 | www.bpb.de